

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 4

Artikel: Der Osthandel und die unterentwickelten Länder
Autor: Oeconomicus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337280>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem, der sich auf so tragische Weise zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, rechnet man nicht gern. Aber eine Schlußbemerkung, man müsse gegen die «Auswüchse» kämpfen, die den Sozialismus entehren, läßt doch daran zweifeln, ob er tatsächlich *alle* Illusionen überwunden hat. Er ist nicht das Opfer irgendwelcher leicht wegoperierbarer Auswüchse geworden, sondern das Opfer eines Systems, dessen Grundzüge erhalten geblieben sind, mögen sich inzwischen auch – nicht zuletzt dank der ständigen Kritik in der freien Welt – manche Erscheinungsformen gemildert haben. Schon die Tatsache, daß Orens Bemühungen um Revision seines Prozesses bisher vergeblich waren, obwohl der hysterische Antizionismus und die überspitzte Kritik an Tito – Dinge, auf denen sich die Verurteilung aufbaute – aufgegeben wurden, zeigt, daß von einer rückhaltlosen Umkehr keine Rede sein kann. Das was Mordechai Oren erzählt, hat sich nicht irgendwann irgendwo zugetragen, sondern zwischen 1951 und 1956 im *Herzen Europas*, und die Einkerkering der angeblich «geständigen» Olga Iwinskaja nach einem Prozeß hinter verschlossenen Türen und auf Grund von Beschuldigungen, die keine ernste Überprüfung überleben können, beweist, daß auch 1961 die Gespenster noch lange nicht verjagt sind, die Mordechai Orens Leben durch Jahre zur Hölle machten.

O E C O N O M I C U S

Der Osthandel und die unterentwickelten Länder

Die Mitglieder der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) — von England abgesehen — müssen sich als mehr oder weniger industrialisierte Kleinstaaten mit beschränktem Binnenmarkt die Förderung *aller* auf dem Prinzip des gegenseitigen Nutzens beruhenden Warenaustauschmöglichkeiten sehr angelegen sein lassen. Eine gleichmäßigere regionale Verteilung und damit bessere Risikostreuung würde die Krisenanfälligkeit der Wirtschaft vermindern und ihre Stabilität erhöhen. In diesem Sinne kann der Osthandel als ein wirtschaftsstabilisierender und daher förderungswerter Faktor angesehen werden.

Noch ein weiterer Grund sei zugunsten des Osthandels angeführt: die für EFTA-Staaten sehr günstige Struktur des Warenaustausches mit östlichen Handelspartnern. Während wir — in den EFTA-Staaten — nach «dem Westen» überwiegend nur wenig lohnintensive Waren exportieren können und von dort vorwiegend lohnintensive Artikel importieren, verhält es sich bei unserem Warenaustausch mit dem Osten umgekehrt, zum Vorteil der EFTA-Staaten.

Den meisten Schwierigkeiten im Osthandel liegt die Tatsache zugrunde, daß einander Staaten mit verschieden gearteten Wirtschaftssystemen gegenüberstehen. Der östliche Handelspartner mit seiner schwerfälligen Planwirtschaft steht dem raschen Wechsel der Bedingungen auf den westlichen Märkten oft hilflos gegenüber. Umgekehrt kann der westliche Handelspartner, dem Osten oft nicht die für die Planwirtschaft nötige Stabilität bieten. Der Außenhandelsplan der Oststaaten wird in den wesentlichen Grundzügen bereits Mitte des Jahres für das künftige Jahr erstellt. Woher sollen die mit der Planaufstellung sich befassenden östlichen Außenhandelsexperten, angesichts der hohen Labilität der westlichen Märkte, die für ihre Arbeit so notwendigen festen Plangrößen nehmen? Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch gesteigert, daß die Oststaaten nur wenig Güter anzubieten haben, die sich in die internationale Arbeitsteilung des Westens einfügen. Verhältnismäßig leicht hat es dabei die Sowjetunion als Rohstofflieferantin — nur etwa 25 Prozent ihrer Ausfuhren sind Fertigwaren —, obgleich die westlichen Staaten aus den verschiedensten Gründen lieber nicht sowjetische Rohstoffe beziehen. Dafür versagen bereits die Südoststaaten als traditionelle Lieferanten agrarischer Erzeugnisse, um so mehr als sich auch der mitteleuropäische Bedarf stark gewandelt hat. Für den Export bleiben also sonstige Rohstoffe, wie polnische Kohle, aber auch Maschinen aus der Tschechoslowakei und Ostdeutschland, die jedoch im Westen ihren Absatz in Konkurrenz mit westlichen Lieferanten suchen müssen. Nun stellen aber alle Oststaaten heute bereits Maschinen her, deren Absatz auch durch die Planungsarbeiten im «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» in Moskau noch nicht völlig gesichert ist und die mangels anderer Ausfuhrartikel im Westen angeboten werden. Hier zeigt sich die unterschiedliche Auffassung von den Aufgaben der Handelspolitik, die nur aus der politischen Betrachtungsweise zu erklären ist.

Wer das Problem nur außenhandelstechnisch sieht, wird niemals zum Wesenskern der westeuropäischen Außenhandelsbeziehungen zum Ostblock vordringen. Der besteht — wie bereits erwähnt — einfach darin, daß sich hier zwei miteinander völlig unvereinbare Systeme gegenüberstehen, zwischen denen es zwar eine taktisch variable Koexistenz, niemals aber eine Integration geben kann. Diese Integration würde nämlich bedeuten, daß einer der beiden Teile sein System zugunsten des andern aufgibt. Das System der bilateralen Aufrechnung der gegenseitigen Lieferungen ist aber untrennbarer Bestandteil des sowjetischen staatlichen Außenhandelsmonopols, und dessen Preisgabe wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die bolschewistische staatskapitalistische Wirtschaft. «Im Ideologischen aber», so bemerkte der sowjetische Ministerpräsident erst kürzlich wieder, «gibt es keine Konzessionen!» In der Tat ist das sowjetische staatliche Außenhandelsmonopol, das am 22. April 1918 gegründet worden ist, die einzige Einrichtung,

die alle die zahlreichen Reformen in der sowjetischen Wirtschaft überstanden hat. Verständlich, denn hier handelt es sich um eines der wichtigsten Instrumente der Außenpolitik. Zwar liegt die kommerzielle Leitung des Außenhandels zumeist bei Fachleuten, nämlich den Fachdirektoren der Außenhandelsgesellschaften. Die eigentliche Entscheidung liegt aber bei der Abteilung für Außenhandel im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei. Das schließt nicht aus, daß die Außenhandelsgesellschaften kommerzielle Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen, sich also gelegentlich im eigenen Interesse bemühen, die weltwirtschaftliche Ordnung nicht allzusehr zu stören. Wo immer aber das kommerzielle Interesse mit den politischen Prinzipien in Widerspruch gerät, müssen die kommerziellen zugunsten der politischen Rücksichten zurückstehen. So ergibt sich, daß von weltmarktmäßigen Beziehungen zwischen den Ostblockstaaten und den Staaten der freien Welt gar nicht die Rede sein kann. An die Stelle geordneter Beziehungen auf Grund spontan sich bildender Preise tritt ein mehr oder weniger willkürliches Durcheinander von bürokratischen Hemmungen, politischen und wirtschaftlichen Zielsetzungen, die zusammen das direkte Gegenteil einer Volks- und Weltwirtschaft sind. Der zentral gelenkte sowjetische Außenhandel — und das gleiche gilt für die abhängigen Volkswirtschaften der übrigen Ostblockländer — wird also nie bereit oder auch nur in der Lage sein, auf ein multilaterales Austauschsystem, das in den letzten Jahren wiederholt erörtert worden ist, überzugehen. Es kann ihnen auch nichts daran liegen, weil es jene zentrale, staatskapitalistische Wirtschaft über den Haufen werfen würde und weil der Außenhandel für die im Grunde restlos autarkisch eingestellte kommunistische Wirtschaft nur eine Art Lückenbüßerdasein fristet. Die Handelsbeziehungen zwischen freier und kommunistischer Welt werden immer nur eine mehr oder weniger zufällige gegenseitige Aushilfe sein, niemals ein Stück echter weltwirtschaftlicher Integration. Die Intensivierung des interöstlichen Handels erfolgte so auf Kosten des Ost-West-Handels.

Das Auseinanderfallen des ehemals einheitlichen Weltmarktes, wie es im starken Rückgang des Handels zwischen den heute als östlicher und als westlicher Markt bezeichneten Gebieten zum Ausdruck kommt, wirkte sich besonders nachhaltig auf den europäischen Bereich aus. Dieses Auseinanderbrechen ging Hand in Hand mit einer stärkeren inneren Verknüpfung der nunmehr voneinander durch verschiedene Handelshemmnisse getrennten Teilbereiche. Meiner Meinung nach muß die nichtsowjetische Welt auf die «internationale Integration» zusteuern. Mit andern Worten: alle Länder, die nicht dem kommunistischen staatskapitalistischen Lager angehören, sollen sich zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammenschließen.

In der «nationalen Integration» sehe ich die notwendige Voraussetzung für eine «internationale Integration». Nachdem der Klassenkampf beseitigt

ist und die antagonistischen Klassen in einem einheitlichen nationalen Ganzen aufgegangen sind, verläuft auch die soziale Entwicklung in der bürgerlichen Welt in dieser Richtung. In hochentwickelten Industrieländern, wie den USA und England, ist die «Integration» im nationalen Maßstab bereits eine vollendete Tatsache. In diesen Ländern ist eine lebendige Demokratie errichtet worden; die Werktätigen haben einen mehr oder weniger hohen Lebensstandard erreicht. Alle Glieder der Gesellschaft nehmen auf gleicher Grundlage an der Lenkung des Staates teil und bestimmen gleichermaßen dessen Politik. Ich behaupte, daß sich die sozialen Unterschiede in diesen Ländern verwischen, daß sich der «Kapitalismus» hier grundlegend gewandelt hat und bereits wesentliche Elemente des *demokratischen Sozialismus* enthält. Gesetzgebung und kollektive Abmachungen zwischen den organisierten Interessengruppen sind eigentlich gleichartige, von der Gesellschaft gutgeheiene Formen der Beilegung von Konflikten und geben in den fortschrittlichen nichtkommunistischen Ländern der sozialen Harmonie einen festen Rückhalt. Andererseits hat aber die mit viel Aufwand verkündete Politik der wirtschaftlichen Integration Westeuropas nicht die gesteckten Ziele erreicht und trotz den sehr erfolgversprechenden Umständen Schiffbruch erlitten. Warum wohl? — Weil die Initiatoren der entsprechenden Pläne vergessen, die Gleichheit zwischen den Völkern der verschiedenen Länder zu garantieren und den Grundstein für die internationale Solidarität unter den Völkern zu legen. Die gleichen Momente verhindern auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den hochentwickelten bürgerlichen und den wirtschaftlich rückständigen Ländern, nur daß sie hier noch nachhaltiger wirksam werden. Um wieviel mehr gilt dies erst für einen gleichberechtigten Zusammenschluß beider Gruppen von Ländern in einem einheitlichen Wirtschaftskomplex. In diesem Zusammenhang drängt sich die Befürchtung auf, daß die Völker, die das Joch des Kolonialismus abgeschüttelt haben, einen Weg einschlagen werden, der sich mit den westlichen Idealen einer Wirtschaftsgemeinschaft nicht verträgt. Noch stärker allerdings beunruhigt der Eindruck, den die wirtschaftliche Entwicklung der kommunistischen Länder irrtümlich bei allen diesen Völkern hervorruft. Es sieht heute so aus, daß das Sowjetsystem eine falsche Anziehungskraft auf die ehemaligen kolonialen Länder ausübt (zum Beispiel Kongo). Dieser Typ einer ökonomischen Organisation stellt seinem Wesen nach das System für die Entwicklung der unterentwickelten Länder dar — allerdings mit einigen Korrekturen, was die Demokratie anbelangt —: Burma, Indien, Ghana und Guinea.

Die unterentwickelten Länder leiden unter anderem unter dem Austausch von Nichtäquivalenten, unter den starken Preisschwankungen, denen ihre Exportgüter unterworfen sind, unter der Konkurrenz der ihnen industriell überlegenen Länder sowie darunter, daß es ihnen unmöglich gemacht wird, die Industrieausrüstungen, die sie benötigen, zu normalen Preisen zu er-

langen. Die meisten dieser Länder sind wirtschaftlich vom Export eines oder mehrerer Rohstoffe abhängig. Infolge dieser einseitigen Orientierung müssen sie ihren Bedarf an Industriegütern und teilweise auch an Nahrungsmitteln im Ausland decken. Hinzu kommt, daß sie gezwungen sind, ihre Waren unter dem Weltmarktpreis abzugeben, für Industrieerzeugnisse hingegen die von den Staatsmonopolen hochgeschraubten Preise zu bezahlen. Dabei wächst die Spanne zwischen Export- und Importpreisen, zum Nachteil der unterentwickelten Länder.

Genau dasselbe sollte auch über die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den andern kommunistischen Ländern gesagt werden. Es scheint, daß die UdSSR hier nichts Neues erfunden hat.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte brachte einen eindeutigen Erfolg auf sozialpolitischem Gebiete, indem es möglich war, die fortschrittliche Vorlage des Bundesrates über die *5. Revision der AHV* in beiden Räten zugleich zu behandeln und ohne die geringste Verschlechterung durchzusetzen. Ohne Gegenstimme wurde die bedeutsame Verbesserung unseres Sozialversicherungswerkes mit maximalen Stimmzahlen angenommen. Wir Sozialdemokraten dürfen auf diesen Ausgang der Revisionsarbeiten mit Befriedigung und Genugtuung blicken. Mit unserer Initiative, die wir Ende des Jahres 1958 eingereicht haben, wurde doch weitgehend das Terrain vorbereitet. Es wurde damit die Stimmung im Volke insofern geschaffen, als sich breite Kreise der Bevölkerung für eine Revision zu interessieren begannen. Der Sozialdemokratie ist es aber auch zu verdanken, daß dem Wunsche nach einer massiven Verbesserung der Renten ganz offen und spontan von einer großen Zahl von Bürgern Ausdruck verliehen wurde. Bei dieser geschlossenen Volksmeinung konnten es sich die reaktionären Kreise, die in der Presse recht scharf gegen die AHV-Revision Sturm gelaufen waren, nicht leisten, im Parlament den Kampf aufzunehmen. Auch ist es nicht denkbar, daß sie sich auf einen Referendumskampf einlassen wollen. Die speditive Erledigung in den Räten macht es möglich, unsern alten Leuten die erhöhten Renten schon vom 1. Juli 1961 an zukommen zu lassen. Zum Erfolg beigetragen hat in ganz starkem, vielleicht entscheidendem Maße der Umstand, daß unser Genosse Bundesrat Tschudi den Revisionsarbeiten den Stempel seiner überragenden Persönlichkeit aufgedrückt hat. Es gebührt aber auch dem